

Grüne kritisieren Versalzung des Grundwassers

Bei fast allen Kalihalden in Niedersachsen sind die Grenzwerte erhöht

Von Marco Seng
und Sebastian Knoppik

Giesen. Die Grünen-Fraktion im niedersächsischen Landtag kritisiert die Grundwasserversalzung durch die Kaliberge in Giesen und an anderen Standorten des Unternehmens K+S. An fast allen der insgesamt sieben Kalihalden in Niedersachsen sind die Grenzwerte für die Salzbelastung des Grundwassers überschritten, wie aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen hervorgeht. An einer Messstelle in Giesen liegt der Wert sogar um das 1200-fache über dem Erlaubten.

Für keine der niedersächsischen Halden ist laut Landesregierung die Salzeinleitung ins Grundwasser genehmigt. Für die Giesener Halde hat K+S kürzlich wie berichtet dem Landesamt für



Rund um den Giesener Kaliberg ist das Grundwasser verseucht.

FOTO: CHRIS GOSSMANN

Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) eine sogenannte Gefährdungsabschätzung vorgelegt. Diese wird nun von der Behörde geprüft.

Die Grünen kritisieren die Grundwasser-Versalzung scharf. „Die Altlasten der Kali-Industrie sind eine Gefahr für das Grundwasser“, sagte die Grünen-Abge-

ordnete Imke Byl der HAZ. Das Grundwasser unterhalb der Salzhalden sei an allen Standorten massiv belastet, die Landesregierung verweise jedoch lapidar darauf, dass die Halden Bestandschutz hätten. Die Grünen fordern, die Betreiber in Haftung zu nehmen, um die Salzauswaschungen zu stoppen und das Grundwasser zu sanieren.

„Durch eine Abdeckung der Salzhalden sollen die Auswaschungen langfristig vermindert werden“, sagte Byl. Bislang sei aber völlig offen, ob das tatsächlich klappe. Die Haldenabdeckungen seien vor allem ein „profitables Geschäft“ für die Betreiber wie K+S, kritisierte die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion. „Auf den Halden werden Bauschutt und belastete Böden abgelagert, und für diese Entsorgung lässt sich der Betreiber

natürlich bezahlen.“ Laut Umweltministerium werden die Grenzwerte außer in Giesen unter anderem auch rund um die Halden in Wathlingen (Kreis Celle), Sehnde und Wunstorf-Bokeloh (Region Hannover) überschritten. Für die Halden in Lehrte und Ronnenberg, ebenfalls in der Region Hannover, liegen laut Ministerium keine Erkenntnisse über die Belastung des Grundwassers vor.

Die Grünen kritisieren auch, dass die Halden mit Abfällen abgedeckt werden, die sonst auf Deponien entsorgt werden müssten: belasteter Bodenaushub, Bauschutt und Recyclingabfälle, die überwiegend aus dem Großraum Hannover/Braunschweig stammen. Dennoch werde die Abfallentsorgung nach dem Bergrecht und nicht nach dem strengeren Deponierecht genehmigt.